

Schlesische Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdräger 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat, Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Verkaufsstelle: Nr. 28 885 „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Dienstag, 15. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M. Stellen- und Wohnungsgeschäfte, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Restliche: Die Millimeterzeile, gewöhnliche oder deren Raum im Text 3.- M.

Gegen die Stinnesdiktatur!

Arbeiter schafft sich Kuro eigenen Garantien gegen die „Garantien“ der Stinnesdiktatur.

Der französisch-englische Kampf in Europa und die Washingtoner Konferenz.

Von Karl Radek.

Mus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 7. I. Jahrg.

Agrar-Beilage.

18. November 1921

Um die Erntezeit.

Das ist die üppige Sommerzeit, wo alles so schweigend blüht und glüht, des Juli stolzierende Herrlichkeit langsam das schimmernde Land durchzieht.

Ich hör ein heimliches Dröhnen gehn fern in der Gebirge dämmerndem Blau, die Schnitter so stumm an der Arbeit stehn, sie schneiden die Sorge auf brennender Au.

Sie sehnen sich nach Gewitternacht, nach Sturm und Regen und Donnerschlag, nach einer wogenden Freiheitschlacht und einem entscheidenden Völkertag.

schlechten Arbeitsbedingungen, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, an der Landflucht schuld sind.

Die Junker und Großgrundbesitzer sagen also die Wahrheit, wenn sie sagen, ihre Kaskaden, die sogenannten „Arbeitervertreter“, seien auch gegen den Achtstundentag in der Landwirtschaft.

Mit der Frage des Achtstundentages, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in der Landwirtschaft wird ein besonders wunder Punkt der kapitalistischen Gesellschaft berührt. Die Bourgeoisie fürchtet, schon durch das Aufwerfen der Frage vor internationalem Forum könnte das Landproletariat seine Interessen verteidigen lernen, fürchtet, das Landproletariat könnte darauf hingewiesen werden, daß nur der kapitalistische Profit der Einführung des Achtstundentages, der Einschränkung der Frauenarbeit, der Beseitigung der Kinderarbeit im Wege steht. Dito mehr wird es Wille des revolutionären Industrieproletariats sein, die Landarbeiterschaft zu diesem Kampf zu mobilisieren.

Die Genfer Komödie hat mit aller Deutlichkeit die Unfähigkeit der Arbeitgemeinschaften in internationalem Maße gezeigt. Sie hat gezeigt: Solange die Arbeitgemeinschaft zur Abderung des Proletariats dienlich ist, machen die Kapitalisten mit; wird durch ihr Wirken aber an den Säulen des kapitalistischen Gebäudes geklopft, dann ist die Arbeitgemeinschaft nicht kompetent, dann sind ihre Beschlüsse unverbindlich.

Zieht das Industrie- und Landproletariat aus der Genfer Komödie die Lehre, daß es nur durch seine eigene Kraft seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage verbessern kann, dann hat Genf reiche Früchte getragen.

Das Wiesbadener Abkommen.

Der deutsche und der französische Wiederaufbauminister Rathenau und Loucheur, beide leitende Männer der Großindustrie, haben in Wiesbaden das lang vorbereitete Abkommen über die deutschen Sachleistungen an Frankreich mit Zustimmung ihrer Regierungen vollzogen.

Um an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken, verpflichtet sich die deutsche Regierung, Einrichtungen und Betriebsgegenstände und Baustoffe in möglichst weitem Umfang zu liefern.

Der Gesamtwert der Leistungen soll bis zum 1. Mai 1927 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Zur Durchführung der Lieferungen sollen privatrechtliche Organisationen, sog. „Lieferungsverbände“, gebildet werden. Die Preisfestsetzung geschieht ebenfalls durch diese Lieferungsverbände. In Streitfällen entscheidet eine Dreimann-Kommission, bestehend aus einem Deutschen, einem Franzosen und einem vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Obmann.

Der deutsche Lieferungsverband wird für die gelieferten Gegenstände von der deutschen Regierung bezahlt. Der Wert der Lieferungen wird bis 1. Mai 1926 zu 35 Prozent, höchstens 45 Prozent, auf das Reparationskonto verrechnet. Der Höchstbetrag, der Deutschland in einem Jahr gutgeschrieben werden darf, ist eine Milliarde Goldmark. Der Restbetrag, der sich am 1. Mai 1926 ergibt, wird bis 1. Mai 1936 in 10 gleichen Jahresraten nebst Zinsen gutgeschrieben. Am 1. Mai 1936 wird dann festgestellt, welche Beträge Deutschland etwa noch gut hat; sie werden dann nebst 5 Prozent Zinsen und Zinseszinsen in vier Halbjahresraten 1936 und 1937 getilgt.

Das Abkommen bedeutet also, daß Deutschland für 7 Milliarden Goldmark, nach dem jetzigen Stande der deutschen Mark, für 230 Milliarden Papiermark Waren liefern darf, ohne daß ein Pfennig davon nach Deutschland bezahlt wird.

Die Beschlüsse der Kommission des Völkerschlesischen Frage erfolgte, wurde in der die Frage aufgestellt, aus welchen Gründen „unerschöpfliche Haupt“ der deutschen Regierung ungenützt verstreichen ließ, England dienliche zu leisten, getossen hat. Die Zeitung, das Organ von Stinnes, machte dem Artikel „Das ehrliche Spiel“ darauf sich nicht nur öffentlich für den Heimfall Deutschland ausgesprochen, sondern auch den schriftliche Versicherungen gegeben ang sucht die Ursache dieses veränderlichen (es darin, daß England das Wiesbadener Deutschland und Frankreich sabotieren will, auf eines der Momente hin, die die englische den; zweifellos aber wird hinter den : deuten derer Kampf geführt.

Am 8. Oktober in Saint Nazaire wies der räsident darauf hin, daß Frankreich un- n dürfe, wenn es den Frieden und seine usrechterhalten wolle. Er unterstützte die arantien des Versailler Friedens als Küstungseinschränkung zu erhalten. Den- e Rede von Roblemaire, dem französischen und. Die Rede ist in erster Linie an die von Amerika gerichtet, die sich in der Jahre 1919 mit der Verantwortung für den aben haben, um diese nach der Senats- en. Das ungeheure Interesse, das die eng in Frankreich hervorgerufen hat (ob- entwärtig kaum imstande, die im Fernen postill zu verfolgen, und obgleich sein Be- niemandem bedroht wird), weiß darauf die Gegenseite im Fernen Osten denken- der Garantien des Versailler Friedens

reich Amerika für diese Garantien? Diese dem Artikel im Pariser Figaro vom 22. August in der amerikanischen Zeitung c. Leader“ veröffentlicht wurde, beant- weilt darauf hin, daß Amerika in der näch- Klotte der Welt bestehen wird, daß es aber tenbasen im Atlantischen und Stillen ch besitzt eine Reihe von Basen an den s Atlantischen und des Indischen Ozeans. : eine Basis gegen Gibraltar, im Diphuff ote Meer gegen Arabien. Es besitzt endlich ina. Des weiteren wird auf die franzö- Normannischen See und im Kanal La In dem Artikel wird des weiteren ge- he Regierung hat während des Krieges , daß England eine Niederlage erlitten fischen Calais besetzt haben würden, ob- ine Verbündeten an diesem Meere hätten. elle englisch-französische Krieg ausfallen, gesamten Küsten, eine große Untersee- : und mit den Vereinigten Staaten, die : verfügen, verbündet sein würde? Selbst- : sich bloß um eine Hypothese; und es e auszusprechen, um zu beweisen, daß sie, um man denn daran denken, daß Eng- entwiderten praktischen Verbandes, eine jen werden, eine Schachpartie anzufangen, der Schachfiguren diese von vornherein teilt?

starke Kriegsstärke, aber es hat schlechte icht über die Basen des englischen Im- ten, wie es scheint, der japanischen Flotte erweigern. Japan wird kaum den Krieg die Vereinigten Staaten bei einer lokalen rücken, das selbstverständlich mit dem Wange, der lange als englischer Kanal upstiftete französisch ist, rechnen muß.“

„Figaro“, einem erstem konservativen weilt, daß die französische Regierung eine land besitzt. Sie bietet dem amerikanischen ille in dem großen Kampf um die Herr- a Ozean um den Preis der französischen ropäischen Festlande an. Man konnte n in der letzten Nummer (18) der „Kos- tionale“ veröffentlichten Artikel. Die il“ schrieb ich: „In Japan der englische, einigten Staaten von Nordamerika, so ist nische Truppe gegen England.“ Die n Staaten Nordamerikas Europa gegen- in Versuchen. Der Ausgang dieser Ver- nie davon ab, ob die Vereinigten Staaten einer entscheidenden Politik der Erweite- re in Ostasien einschließen werden. En- agzu, so wird Deutschland für die Ver- nupensationshöchst in der Welt. Die ten Streitigkeiten zwischen Amerika und rita dieses Kompensationshöchst Franz- n Frankreich im Kampf gegen England. Die englische kapitalistische Presse ist so tung ihrer Angriffe auf den französischen : dieser bedroht England immer mehr ür England noch gefährlicher als jein- en. Frankreich ist der nächste Nachbar gegenwärtigen Gutwillensgrade der schiffahrt und der Weltwirtschaft. Es ist auf Amerika gegen nicht klar.

Der Verrat des Internationalen Arbeitsamts an dem Landproletariat.

„Achtstundentag“, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in der Landwirtschaft, sollte in Genf auf der 3. internationalen Arbeitskonferenz behandelt werden. Die französische Regierung erhob Widerspruch. Für derartige Fragen sei die Konferenz nicht kompetent. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitgeber der übrigen Länder unterstützten den Einspruch Frankreichs. Die deutschen wie die französischen Delegierten erteilten Anweisung, falls die Konferenz die Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft zu beschließen beabsichtige, diese Beschlüsse für unverbindlich zu erklären und sich zurückzuziehen. Die deutschen Arbeitgeber gaben der deutschen Regierung ein Gutachten über obige Fragen ab, in dem es heißt:

„Die Eigenart des von den natürlichen Grundlagen in jedem Lande abhängenden Landwirtschaftsbetriebes duldet keine Mechanisierung durch Einführung gleichartiger internationaler Vereinbarungen über Art und Dauer der Arbeit... Daß der Achtstundentag im Landwirtschaftsbetrieb zurzeit nicht durchführbar ist, geben selbst die deutschen Arbeitnehmerverbände zu.“

Den Einsprüchen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber wurde in der Weise Rechnung getragen, daß man obige landwirtschaftlichen Fragen von der Tagung absetzte. Wie berichtet wird, hat die Ablehnung bei den Delegierten der Arbeiter große Erregung hervorgerufen. Werden die „Delegierten der Arbeiter“ nun daran gehen, die Massen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zu mobilisieren zum Kampf um den Achtstundentag?

Wir geben uns jedoch nicht der Hoffnung hin, als würden die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer das Landproletariat zu diesem Kampf aufrufen. Es sei erinnert an den ersten internationalen Kongreß der Landarbeiter-Gewerkschaften, der vom 17. bis 19. August 1920 in Amsterdam tagte. Der deutsche Landarbeitervertreter, Faak, erklärte damals in der Frage des Achtstundentages:

„Die deutschen Vertreter müssen klug genug sein in ihren Erklärungen, weil die Verkürzung der Arbeitszeit einen Rückgang nach sich ziehen kann, den das Land nicht erträgt.“

Auf Betreiben des Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Schmidt, wurde eine Resolution angenommen, die die Frage der achtstündigen Arbeitszeit dem Papierkongreß des Amsterdamer Exekutivkomitees überantwortete.

Faak rühmte auf der 3. internationalen Arbeitskonferenz die deutschen Tarifverträge, die „die infolge der Umwälzung befürchteten unheilvollen Zustände verhindert“ haben. Er fordert wirksame Mittel, um die Landflucht der Arbeiter zu verhindern“, und daß, ohne sich bewußt zu sein, daß gerade die

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Aufträge 1.50 M. für die Woche...

Dienstag, 15. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 M. auswärts 0.90 M. Stellen- und Wohnungsanzeigen...

Gegen die Stinnesdiktatur!

Arbeiter, schafft Euch eure eigenen Garantien gegen die "Kartoffel" der Schmirindustrie

Der französisch-englische Kampf in Europa und die Washingtoner Konferenz.

Von Karl Radek.

varierte Beschluß der Kommission des Völkerverschießens Frage erfolgte, wurde in der esse die Frage aufgestellt, aus welchen Grün-

Wucher treiben, müssen die Landarbeiter, die diese schaffen, selbst hungern. Hohe Preise und niedrige Löhne, das ist das Paradies der Junker...

Die Junker wollen nicht zahlen!

Für die Dauer vom 11. Februar bis 10. November 1921 wurde am 16. April d. J. in der Tarifstreitigkeit der Arbeitergebetgruppen...

Der Grundlohn beträgt mindestens 0,70 M. für die Stunde. Zum Grundlohn kommt ein Zuschlag, der sich als Jahresarbeitsverdienst ergibt...

Die Junker und Großgrundbesitzer scheuen sich den Teufel um diesen gesetzlichen Schiedsspruch. Sie verweigern die Nachzahlung vom 11. Februar bis 16. April...

Kampfre!

Das die Junker diejenigen sind, die dem Volke das Blut ausaugen, haben wir schon immer behauptet. Heute sind wir in der Lage, einen neuen Beweis dafür liefern zu können...

Morgen! Er suchte, er tief. Morgen?! Er fand sie nicht! Wie eine entsetzliche Vision stieg es vor ihm auf: Morgen! ... Dasselbe Gesicht! ... Und ein anderer Mann - einer von jenen herzlosen Schurken! ...

Als die Landarbeiter diese, für die menschliche Ernährung wertlose Kartoffeln als Futterkartoffeln kaufen wollten, verlangte der Besitzer des Gutes, Manaschewski, für den Zentner M. 60.- Da er für diesen Preis keine Abnehmer fand...

Ein Held der Ordnung und des Rechts.

Vor etwa einem Jahr fand in Rüstern bei Liegnitz eine Versammlung der KPD statt, in der unser Genosse Kummrow referierte. Zu dieser Versammlung war auch der Gemeindevorsteher Härtel anwesend...

Am Donnerstag, den 27. Oktober 1921, fand in diesem Orte wieder eine Versammlung statt, und wieder wurde dieser Mann durch sein Verhalten die Versammlung. Er hielt es für richtig, daß Land drach liegt...

Großagrarier und ihre Katafen gegen die Anliegerflebler.

Reichslandbund und Regierung können nicht oft genug ihre Kleinbauernfreundlichkeit zur Schau tragen. Am Bauernum wird unser Volk genesen und ähnliche Worte sprudeln immerfort bei Bauernversammlungen...

Im Reichsiedlungs-gesetz ist die Bereitstellung von Siedlungsland bis zur Höhe selbständiger Ackeranparungen des Kleinlandwirtes vorgesehen. Den die Gesetze ausführenden Organen, zu denen doch zweifellos das Landwirtschaftsministerium auch gehört...

Freiherr v. Wangenheim, Vorstandsmitglied des Reichslandbundes, führte auf der Tagung aus, daß er erst die gemachten Vorschläge über Finanzierung von Siedlungen ausprobierten möchte. Ob diese Probestudie in den nächsten zehn Jahren beendet wird, ist wohl fraglich...

eine starke Kriegsslotte, aber es hat schlechte liegt nicht über die Hafen des englischen Indokolonien, wie es scheint, der japanischen Flotte oft verweigert. Japan wird kaum den Krieg und die Vereinigten Staaten bei einer loyalen...

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Ausstatter 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat, Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.

Dienstag, 15. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile über deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Kellame: Die Millimeterzeile, gewöhnlich über deren Raum im Text 2.- Pf.

Gegen die Stinnesdiktatur!

Arbeiter, schafft Euch eure eigenen Garantien gegen die „Garantien“ der Schwerindustrie.

Das Großkapital geht jetzt auf's Ganze. Die Bedingungen des Reichsverbandes der Industriellen für die Gewährung des Kreditanleihen bedeuten völli ge Unte...

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung sich in dieser oder anderer Form den Bedingungen von Stinnes unterwerfen wird. Die Reparationskommission...

Nur dann kann der Raubplan des Großkapitals zuschanden gemacht werden, wenn die Arbeiterklasse auf den Plan tritt. Die Versuche, den Staatsapparat zu stinnesieren...

Der eigentliche Charakter des preußischen „Experimenta“ mit der Stinneskoalition liegt jetzt klar zu Tage. Gibt die SPD. das Experiment nicht auf, dann müssen die Arbeiter die Sozialdemokratische Partei aufgeben.

Die Gewerkschaften haben sich in schärfsten Worten gegen die Bedingungen der Industrie ausgesprochen. Die Eisenbahner haben erklärt, daß sie jeden Versuch, die Eisenbahn zu stinnesieren, mit den „äußersten demokratischen Kampfmitteln“ bekämpfen würden.

Die Kommunistische Partei stellt vor der gesamten Arbeiterklasse den Tatbestand dar. Sie fordert im Ansehn der neuen Gefahr die Arbeiter der sozialistischen Parteien auf, unerschrocken zu den Raubplänen Stellung zu nehmen.

Die Schwerindustrie hofft auf die „Einsicht der Arbeiter“.

Das Stinnesorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Berlin, schreibt:

Der erste Schritt zur Rentabilität wird natürlich beruhen müssen, daß das Richtpersonal von rund einer Million Köpfen, dieser kostbare Erzeuger des von Jahr zu Jahr wachsenden Defizits, vermindert werden muß.

Daher soll auch die Arbeiterschaft einstimmig genug sein, ihre ertägigen Bedenken gegen die Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbetrieb zurückzustellen. Eine Gefährdung ihrer sozialen Freiheiten und Rechte kann für die Arbeiter...

Die sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten sind nicht gefährdet, man setzt sie lediglich auf die Straße, nein, noch besser: man „hebelt sie an“, und zwar so, daß sie „ausbringen“ beschaffen werden, wie es in den Ultimatumforderungen des Reichsverbandes heißt.

schaffen, elende Existenzen, deren Land nicht ausreicht zur Ernährung, die angewiesen sind, in der Fabrik oder auf dem Gut noch zu verdienen, und zwar darauf angewiesen unter jeder Bedingung, die man ihnen stellt.

Im übrigen soll die Arbeiterschaft „einsichtig genug“ sein, zuzustimmen, daß man ihr den Strich um den Hals legt. Die Erklärung der protestierenden Gewerkschaften wird „behauert“.

Das Finanzkapital will eine „neue Verfassung“.

Der „Börsen-Courier“, die maßgebende Berliner Börsen-Zeitung, schreibt über das Gaunersüchchen des Industrieverbandes:

Jetzt, zum erstenmal, wird ernst gemacht mit dem, was seit Jahren sich anbahnte und mit der Einsetzung eines Reichswirtschaftsrats sich andeutete: der Zerteilung der Staatsgewalten in Wirtschaft und Politik; der Beseitigung der Wirtschaft. Die Verhandlungen, die bevorstehen, werden (den Tatsachen, nicht der Form nach) Verhandlungen über eine neue Verfassung sein.

Eine neue Verfassung wird kommen — nicht der Form nach — das ist durchaus nicht notwendig. Das demokratische Verfassungsmantelchen mag bleiben, in Wirklichkeit wird der Absolutismus des Schwerkapitals errichtet. Dessenungeachtet „geht alle Macht vom Volke aus“ — steht in der Verfassung der Deutschen Republik.

Der „Vorwärts“ schweigt.

Der „Vorwärts“ gibt die Nachrichten über das Kreditangebot und die Stellungnahme der Gewerkschaften, ohne auch nur mit einem Wort sich selbst dazu zu äußern. Der „Vorwärts“ weiß, warum er schweigt, denn eine Kritik der Expansionsversuche des Großkapitals wäre zugleich eine Kritik an dem Bündnis der sozialdemokratischen Parteiführerschaft mit der Partei des Großkapitals, der Deutschen Volkspartei.

Ist die USB. zum Kampf bereit?

Die „Freiheit“ erklärt es für Schwindel, wenn die Großindustriellen behaupten, sie könnten mit den größten Schwierigkeiten geringfügige Summen flüssig machen:

Die Herren könnten, wenn sie wollen, aber die Herren wollen nicht. Stinnes will nicht, und er hat jetzt die Führung an sich gerissen und will das deutsche Volk unter seinen Willen beugen.

Die Herren von der Industrie haben sich Stinnes und den rheinisch-westfälischen Großindustriellen gefügt. Damit hat aber das Kreditangebot seinen ursprünglichen Charakter völlig geändert. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine Finanzmaßnahme, sondern es handelt sich darum, ob die alldeutsche Politik durch die Wirtschaftsmacht der Kapitalmagnaten verwirklicht werden soll oder nicht.

Die Antwort auf den Expansionsversuch der Industrie kann nur sein: ein Geß. daß sofort 2 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften dem Staat übereignet wird.

Jetzt empören sich die Unabhängigen, als ob die Politik der Großindustrie ihnen neu wäre. Jetzt lautet Hilfering in eigener Person Sturm. Er verlangt schärfsten tuchschlofen Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die Pläne des Großkapitals. Wird die USB. ernst machen, wird sie sich eudgültig aus der Gefolgschaft der sozialdemokratischen Führer herauslösen? Wird sie auch ernst machen mit der Gesamtheit des Kampfes aller Proletarier? Bisher war die Kampfgemeinschaft immer nur ein schönes Wort. Das muß anders werden!

Der französisch-englische Kampf in Europa und die Washingtoner Konferenz.

Von Karl Radek.

Als der unerwartete Beschluß der Kommission des Völkerbundes in der oberstleischen Frage erfolgte, wurde in der reichsdeutschen Presse die Frage aufgestellt, aus welchen Gründen dieser Bliz das „unschuldige Haupt“ der deutschen Regierung, die keine Gelegenheit ungenützt verkünden ließ, England und Frankreich Salaidienste zu leisten, getroffen hat.

In seiner Rede vom 8. Oktober in Saint Nazaire wies der französische Ministerpräsident darauf hin, daß Frankreich unmöglich isoliert bleiben dürfe, wenn es den Frieden und seine eigene Weltstellung aufrechterhalten wolle.

Was bietet Frankreich Amerika für diese Garantien? Diese Frage wird in einem Artikel im Pariser „Figaro“ vom 8. Oktober, der gleichzeitig in der amerikanischen Zeitung „Philadelphia Public Leader“ veröffentlicht wurde, beantwortet.

Japan besitzt eine starke Kriegsklotte, aber es hat schlechte Basen. Es verfügt nicht über die Basen des englischen Imperiums, dessen Kolonien, wie es scheint, der japanischen Klotte die Gaffrenschicht verteidigen.

Dieser Artikel im „Figaro“, einem ernsten konservativen französischen Blatt, beweist, daß die französische Regierung eine neue Waffe gegen England besitzt. Sie bietet dem amerikanischen Imperialismus ihre Hilfe in dem großen Kampf um die Herrschaft über den Stillen Ozean um den Preis der französischen Hegemonie auf dem europäischen Festlande an.

Die Herren von der Industrie haben sich Stinnes und den rheinisch-westfälischen Großindustriellen gefügt. Damit hat aber das Kreditangebot seinen ursprünglichen Charakter völlig geändert. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine Finanzmaßnahme, sondern es handelt sich darum, ob die alldeutsche Politik durch die Wirtschaftsmacht der Kapitalmagnaten verwirklicht werden soll oder nicht.

Jetzt empören sich die Unabhängigen, als ob die Politik der Großindustrie ihnen neu wäre. Jetzt lautet Hilfering in eigener Person Sturm. Er verlangt schärfsten tuchschlofen Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die Pläne des Großkapitals. Wird die USB. ernst machen, wird sie sich eudgültig aus der Gefolgschaft der sozialdemokratischen Führer herauslösen? Wird sie auch ernst machen mit der Gesamtheit des Kampfes aller Proletarier? Bisher war die Kampfgemeinschaft immer nur ein schönes Wort. Das muß anders werden!

Konflikt der Reichsregierung mit sämtlichen Städten und Landgemeinden. Der Bankrott der Städte — ein Geschäft für die Kapitalisten.

Hilfslos treibt die Reichsregierung im Strom des Geschehens. Eine Platte nach der andern, an die sie sich klammern konnte, treibt davon. Die Nutznieher der Katastrophe, die Kapitalisten, freuen sich des Stranquilles, das sie mühelos erhalten. Eine wesentliche Hilfe waren dem Reich bisher die Gemeinden, die Städte. Sie hatten die Hauptlast des Krieges zu tragen, Unterstützung der Familien der Einberufenen, Aufbau einer kostspieligen Lebensmittelversorgung, Kleiderbeschaffung, militärische Verpflegungsfstellen, Lazarette und vieles andere ging zuerst auf ihre Rechnung. Nach Beendigung des Krieges kam noch Kriegsschadigten- und Erwerbslosenfürsorge hinzu. Zwar stellten alle die Aufwendungen zum großen Teil zurückzahlbare Auslagen für die Reichsregierung dar — aber das Reich war ein säumiger Schuldner und die Gemeinden, zu ihrem eigenen Schaden, allzu beschuldende Gläubiger. So kommt es, daß Berlin z. B. heute noch 600 Millionen Mark zu fordern hat und besten Falles die Zinsen dafür in Papiermark erhält, während es selbst diese Aufwendungen in Goldmark machen mußte. Der letzte Kurzsatz der Mark traf mit vernichtender Wucht alle Städte und Landgemeinden, die sich durchweg schon im Zustande eines notdürftig verschleierte Bankrottes befanden. Die notwendig werdenden Erhöhungen aller Löhne und Gehälter, die für Köln a. Rh. z. B. höher sind wie der jährliche Steueranteil, gaben den Gemeindeverwaltungen den Vorwand, endlich energisch die Reichsregierung an ihre Schuld zu erinnern. Sie wollen bei dem von allen zugegebenen Zusammenbruch den Vorwurf des leichtfertigen Bankrottes von sich abwälsen. Das war der Sinn der gestrigen Zusammenkunft des Städtetages und des Städte- und Landgemeindenbundes in Berlin. In letzter Stunde haben die Kommunisten einen Rotschrei an die Regierung gerichtet. Nicht zuletzt, weil sie sich allein gegen das Großkapital, dem sie verschuldet sind, nicht mehr wehren können. Stinnes geht um! Er hat gestern in Hannover die städtischen Häfen „gekauft“, er wird heute die Umwandlung städtischer Werke in Aktiengesellschaften an andern Orten vornehmen und morgen den Berliner Straßenbahn-, Gas- und Elektrizitätswerke entreißen. Auf den Ruf der Gemeindevertreter hat gestern im Reichstag die Regierung geschwiegen. Jetzt ist es Zeit, daß die Arbeiterschaft redet und — handelt!

Der Appell an das Reich.

Im Plenarsitzungsssaale des Reichstages tagten am Freitag vormittag die beiden großen deutschen Städteorganisationen, der Deutsche Städtetag und der Reichstädtetag. Zweck der gemeinsamen Sitzung war das Bestreben, durch eine Kundgebung an die Reichsregierung, den Reichstag und den Reichsrat auf das Finanzelend der deutschen Städte hinzuweisen, und um bringende Hilfe zu ersuchen.

Schon vor Beginn der Sitzung hatten sich die Spitzen der beiden Organisationen auf eine gemeinsame Resolution geeinigt, die auch von dem anwesenden Vertreter der Landgemeinden gutgeheißen wurde. Oberbürgermeister Böhm, der den Vorsitz übernahm, verlas dieselbe nach der offiziellen Begrüßung und Konstituierung des Städtetages:

Entschleunigung.

Die deutschen Städte sind völlig außerstande, mit ihren gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten die Mehrkosten aufzubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne auferlegt werden; es fehlen ihnen sogar die Hilfsmittel für die ersten unaufschiebbaren Auszahlungen. Zur Ermöglichung der erforderlichen Zahlungen fordern die Städte die sofortige, allgemeine und laufende Ueberweisung von Vorschüssen zur Bedeckung der Mehrausgaben unter Ablehnung jeder Abstufung nach der Bedürftigkeit. Vor allem erwarten die deutschen Städte von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstag die vorbehaltlose Bewilligung der endgültigen Bedeckung für die neuen Ausgaben. Damit verbinden sie im Interesse der Erhaltung und Stärkung ihrer Selbstverwaltung das Verlangen, daß nun endlich ihnen die erforderlichen finanziellen Grundlagen zur Erfüllung ihrer dringendsten Aufgaben geschaffen werden. Sie erbitten die einzig mögliche Lösung darin, daß ihnen ihre noch vorhandenen Einkünfte völlig gesichert und durch planvolle Aufteilung aller öffentlichen Einnahmestellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ergänzt werden.

Angesichts der gestern vom Reichstag beschlossenen Regelung der Beamtenbesoldung und der vor der Tür stehenden Entscheidung über die Gestaltung der Arbeiterlöhne, so ruhr der Berliner Oberbürgermeister fort, legen wir das Schwergewicht darauf, daß die Durchführung dieser Regelung uns finanziell ermöglicht wird. Es ist die Not, die juristische, immer größer werdende Not der deutschen Städte und ihrer Einwohner, die uns hier zusammengeführt hat, die wir 27 Millionen Menschen und 1400 Städte vertreten.

Es ist ein unbedingtes Erfordernis, in kürzester Frist eine endgültige Auseinandersetzung zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden über die jedem zuzehörenden Einnahmequellen zu führen. Diese reinliche Scheidung ist Voraussetzung unserer Selbstverwaltung. Andernfalls können wir weder unsere Finanzwirtschaft noch unsere Wohlfahrtsanstalten aufrecht erhalten.

Oberbürgermeister Bellan unterstützte die Entschleunigung und Ausführungen des Referenten namens des Reichstädtetages. Sollen die Städte weiter allein die Lasten tragen, dann stehen sie vor dem Zusammenbruch und ihm folgt der Ruin des ganzen Reiches. Bürgermeister Burrows schloß die

Not der Landgemeinden.

die vielfach schon miniert seien. Oberbürgermeister Abenauer-Köln wies darauf hin, daß die Mehrbelastung der Gebaltserschöpfung für Köln doppelt soviel betrage, als der garantierte Anteil an der Einkommensteuer. Unter anderem kam dann noch Oberbürgermeister Schmidt-Rüchsen (SPD.) zum Wort.

Der Abgeordnete Alch. Höpff (USP.) verlangte, daß die Städte nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung sein sollen und begründete folgende Resolution, deren erster Teil angenommen wurde:

Die deutschen Städte protestieren dagegen, daß die neue Besoldungsordnung ohne Mitwirkung der Gemeinden ge-

schaffen worden ist, obwohl die Städte durch die notwendige Gleichstellung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter mit denen des Reiches und der Länder im stärksten Maße interessiert sind.

Die ungenügende Berücksichtigung der unteren und mittleren Beamten bei unverhältnismäßiger reichlicher Aufbesserung der höheren Beamten begegnet dem schärfsten Widerspruch der Städte. Der Städtetag verlangt aus diesem Grunde, daß die neue Besoldungsordnung unter Wahrung der sozialen Gesichtspunkte umgearbeitet wird.

Genosse Stoll (SPD.) führte aus, daß von allen Parteien die Not der Städte zugegeben wird, nur über die Wege, die zur Abhilfe eingeschlagen werden sollen, ist viel Unklarheit vorhanden. Die Städte, die ihre Selbstverwaltung wahren und ihre Pflichten gegen die Arbeiter und Festbesoldeten wie gegen die Armen und Minderbemittelten erfüllen wollen, müssen

zur Selbsthilfe greifen.

Dies können sie sogar nach dem bürgerlichen Gesetz. § 273 gibt ihnen das Recht, von dem vereinnahmten Betrage soviel zurückzubehalten, wie zur Deckung notwendiger Ausgaben er-

forderlich ist. Wenn aber grundsätzlich zur Ausbringung der Mittel gesprochen werden soll, so muß gesagt werden, daß alle Hilfe nichts nützt, wenn man den Arbeitenden durch Steuern, Gebührentragung und weitere Belastung wieder mehr wegnimmt, als man ihnen gibt. Die Kreise, die heute Nutznieher des Zusammenbruchs sind, müssen angegriffen werden, vor einem Eingriff in die Substanz dürfen wir nicht mehr zurückweichen! Den eingebrachten Resolutionen stimmen wir zu, weil sie ein erster Schritt auf diesem Wege sein können.

Zum Schluß gab es noch einen erheiterten Zwischenfall, als der Rechtssozialist Weims ausführte, daß dem Reichsfinanzministerium der Mann fehle, der Geld verschaffen kann, rief Adolph Hoffmann: Nehmt doch Klante, der schafft es! (Stürm. Heiterkeit.)

Nach Schluß der Debatte wurde die Entschleunigung des Vorstandes einstimmig angenommen.

In seinem Schlußwort wies Oberbürgermeister Böhm darauf hin, daß die heutige Tagung der Regierung den Reichsrat und dem Reichstag gezeigt habe, daß die Not der deutschen Städte auf höchste gestiegen sei. Die gestrige Erklärung der Regierung sei von den Städten auf das entschiedenste abgelehnt worden.

Aussprache über das Regierungsprogramm der Stinnesregierung in Preußen.

Freitagssitzung des Preussischen Landtages.

Auf der Tagesordnung steht: Aussprache über die Programmklärung der neuen Regierung. Im Laufe der Debatte verließen es aber die bürgerlichen Parteien und der Ministerpräsident Braun, um die Fragen der Regierungspolitik heranzugehen und eine lange Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen über die Ursache des Novemberzusammenbruchs herbeizuführen. Die Kommunisten und Unabhängigen stehen trotz der Bekämpfungskomödie der Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen, einer geschlossenen Front des neugeschaffenen breiten Blocks des Bürgertums gegenüber.

Die Debatte wird von dem deutschnationalen Abgeordneten Winkler eingeleitet, der über das Ausschneiden des „ehrlichen Deutschen“, Siegerwals, klagt.

Gemeinsamer Mißtrauensantrag der SPD. und USP.

Zur Vertrauensfrage sind verschiedene Anträge eingegangen. Die Deutschnationalen bringen ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett ein, und eine Resolution der Koalitionsparteien spricht der Regierung das Vertrauen aus. Die Kommunisten und Unabhängigen haben gemeinsam folgenden Antrag eingebracht:

Die Zusammensetzung des Staatsministeriums widerspricht den Interessen des werktätigen Volkes. Sie stellt den Versuch dar, die Arbeiterklasse darüber zu täuschen, wo ihre wirklichen Feinde stehen. Ein einmütiger Widerstand gegen die täglich wachsende wirtschaftliche Verelendung und gegen die erstarrende politische Reaktion, der allein zum Erfolg führen kann, soll durch parlamentarische Schachergeschäfte gelähmt, die Abwälzung der Steuerlasten von den Kriegsschuldigen auf die notleidenden Massen begünstigt werden. Der Landtag versagt daher dem Staatsministerium sein Vertrauen.

Der Abgeordnete Lefter (Demokrat) leitet die Ablehnung von der Frage der Regierungspolitik ein, indem er sich gegen eine Neukurama des Deutschnationalen Winkler wendet, der dem Reichskanzler Wirth die Schuld am Verlust Ober-Schlesiens zuschiebt.

Die Frage der Stellung der Arbeiterschaft zum Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Stinnes wird von dem Abgeordneten Reich (USP.) aufgeworfen. Er bezeichnet dieses Verhalten der Sozialdemokratie als ein Verbrechen am Sozialismus. Klassenagenossen lassen sich nicht betriegen, und der Versuch, den hier die Sozialdemokratie gemacht hat, muß mißlingen. Der Kampf um die Ziele des Proletariats wird nicht im Parlament ausgekämpft.

Hierauf vertritt der Ministerpräsident Braun auf die von dem Genossen Mener in der Donnerstagsitzung an ihn gestellten Fragen zu antworten. Wenn das Programm der Regierung von allen kapitalistischen Parteien gebilligt worden sei, so be-

weise das gar nichts. Es komme nicht auf die Programme, sondern auf die Taten an. Wie diese aber aussehen sollen, sagt er nicht, sondern geht wieder zu der nationalistischen Hege über den Verlust Ober-Schlesiens über. Dann greift auch er die Neukurama über Wirth auf und setzt das Scheingefecht mit den Deutschnationalen fort, das weiter nichts, als eine plumpe Komödie zur Täuschung der Arbeiter über das wahre Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie mit der äußersten Reaktion in Preußen ist.

Die zweite Rednerreihe eröffnet Genosse Schulz-Neukölln: Herr Braun hat die Koalitionspolitik seiner Partei mit der Konfessionspolitik Sonjetruplands rechtfertigen wollen. Die Rechtssozialisten haben allen Grund, zu erkennen, daß sie selbst mit die Ursache der Notwendigkeit dieser Politik aufzubringen sind. Die an Stelle eines Programms von der Regierung gegebenen Richtlinien sind so, daß sie nach jeder Richtung gebogen werden können. Ihre Auslegung wird sicherlich nicht im Interesse der Arbeiterschaft geschehen. Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Klassenkampfstandpunkt aufgegeben; sie läßt hier durch ihren Minister erklären, daß sie die Klassenverfälschung anstrebe. Der Koalitionsherr der SPD., Herr von Richter, ist nach dem Kapp-Putsch als politisch unzuverlässiger Beamter hinausgeworfen worden, und heute hofen sich die Sozialdemokraten diesen Kappisten in das Ministerium. Daß der Ruf der Industrie nach Ueberführung der großen Staatsbetriebe in Privatbesitz bei der Stinneskoalition in Preußen Widerhall finden wird, haben wir schon von Herrn Lefter, dem Vertreter der Deutschen demokratischen Partei, gehört. Aus dem Sozialisierungsprogramm der Rechtssozialisten, das früher immer den Arbeitern vorgehalten wurde, ist also heute ein Kapitalisierungsprogramm des gesamten Reiches und Preußens geworden.

Ministerpräsident Braun hat erklärt, daß nicht Worte, sondern Taten den Wert der Regierung erweisen. Seine Rede aber setzt sich zum größten Teil aus nationalistischen Geschwafel zusammen. In der Regierungserklärung steht, daß das Vertrauen zur Justiz gehoben werden soll. Ueber die Frage der Amnestierung der revolutionären Arbeiter ist aber kein Wort gesagt worden. Wir verlangen, daß die Staatsregierung erklärt, welche Stellung sie in der Frage der Amnestierung der angeklagten Mörder Datoz einzunehmen gedenkt.

Da die auf eine halbe Stunde beschränkte Redezeit abgelaufen ist, wird dem Genossen Schulz das Wort entzogen und kein Weiterreden durch die bürgerliche Mehrheit verhindert.

Der Abgeordnete Herold (Centr.) geht nochmals auf die Frage der Schuld des Reichskanzlers Wirth an dem Verlust Ober-Schlesiens ein, ohne ein Wort zu der preussischen Koalitionspolitik zu sagen. Nach ihm wendet sich der Abg. D. u. Ch. (USP.) scharf gegen die Stinnespolitik der Sozialdemokraten. Er erklärt, daß die jetzigen Schwierigkeiten nicht durch eine Koalition, hinter der Stinnes steht, gelöst werden können, sondern nur durch den revolutionären Kampf der Arbeiterschaft gegen das gesamte Bürgertum.

Der Sozialdemokrat Weismann verteidigt die Politik der breiten Koalition, die auch von den 41 sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich ursprünglich dagegen gewandt haben, heute unterstützt werde. Ihm folgt der Abgeordnete Lefter (Deutschnational), der über das Entstehen der Novemberrevolution spricht und dann von dem Ministerpräsidenten Braun eine lange Entgegnung erhält.

Als letzter Redner zum „Reaktionärsprogramm“ spricht der Volksparteier Dr. Leibin, der die heutige Koalition als den letzten Versuch bezeichnet, den in den Ab- und fahrenden Wagen Preußens zu bremsen. Dabei müsse jede Koalitionspartei manche ihrer Wünsche zurückstellen. Auch im Reich müsse die gleiche Koalition gebildet werden.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wird dann die Abstimmung über die Anträge zur Vertrauensfrage vertagt.

Es werden dann nachträglich die Gesichtspunkte über Abänderung der Besoldungsliste für Staatsbeamte, Lehrer usw. auf die Tagesordnung gesetzt. Hierzu sind von den Unabhängigen und von den Kommunisten verschiedene Anträge gestellt, die eine Erhöhung der Löhne für die unteren Gehaltsgruppen und die sofortige Auszahlung einer einmaligen, für alle Beamten gleich hohen Fernvermögenszulage fordern. In der Debatte wenden sich die Gen. Knuth und König und der Unabhängige Richter gegen die Staffelmengen im Gehaltsaufbau, die die Klassencheidung innerhalb der Beamenschaft noch mehr vergrößern.

Die Sozialdemokraten beweisen ihre Abhängigkeit vom Bürokratismus und stimmen mit diesem die unabhängigen und kommunistischen Anträge nieder. Die Praxis der Stinneskoalition hat sich gezeigt.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 17. November, 2 Uhr: Abstimmung über die Anträge zur Vertrauensfrage, Anträge zur Karbolsäurefrage. Keine Vorlagen.



Arbeiter! Unterstützt das Gluck der Frauen und Kinder, deren Ernährer in den Zuschlagern u. Gefängnissen sitzen. Sammelt für die „Rote Hilfe“!

Breslauer Nachrichten.

Revolutionsfeier der SPD.

In den Zentralsälen hielt in der von der SPD einberufenen Revolutionsfeier der bekannte rechtsstehende bürgerliche Demokrat, Herr Lehrer Gärtig, die Festrede.

Seine Rede war vom Anfang bis zum Ende eine Verteidigung der von der SPD im Jahre 1914 begangenen und bis heute fortgesetzten konterrevolutionären Politik. Einleitend hielt er Gärtig vor einer Arbeiterversammlung für notwendig, sich mit Ludendorff gütlich auseinanderzusetzen und die Dostojewskij-Legende zu widerlegen. Immer wieder erwiderte er darauf hin, daß es „unsere“ Aufgabe sei, die kapitalistische Profitwirtschaft, deren Segen wir gerade jetzt deutlich zu spüren bekommen, wieder aufzubauen und uns nicht Rußland zum Vorbild zu nehmen. Die Politik der Volkswirtschaft hätte, trotzdem diese mit gar keinen Widerständen zu kämpfen hätten, zum vollkommeneren Bankrott geführt. Angesichts derartig schreiender Unwahrheiten muß man die Frage aufwerfen, ist der Herr Lehrer wirklich so unwissend oder ist er nur gewissenlos. Weiß Herr Gärtig wirklich nichts von dem gigantischen Kampf, den Sowjetrußland seit vier Jahren ununterbrochen, jede Stunde und jede Minute gegen die Kapitalisten aller Länder und ihre Lakaien, zu denen auch Gärtig gehört, führt. Ein Bankrotteur hat nicht das Recht vom Bankrott der anderen zu sprechen. Der weise Gärtig hat ein schwaches Gedächtnis. Er übersieht den Bankrott der revisionistischen Politik der SPD. Man soll im Hause des Gehängten nicht vom Strick reden. Weiß Herr Gärtig wirklich nicht, daß die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter, trotzdem sie von den Bestimmungsfreunden des Herrn Gärtig wieder einmal mit einer sozialdemokratisch-deutschnationalen Regierung beglückt worden sind, immer verzweifelter wird. Was hat denn die Paarung zwischen Karpen und Karnickel, das Zusammengehen der alten bewährten Führer mit den immer gierigeren Bankrottisten und den die Proletarier ausbeutenden Schloßbaronen gutes gebracht? Am Schluß seiner „revolutionären“ Ausführungen trat Gärtig für die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland ein. Wir sollen den russischen Sozialisten die Hand reichen. Wir verstehen Herrn Gärtig sehr gut, wir wissen, daß er nicht das Zusammengehen der deutschen und russischen Arbeiter meint, sondern die Ausbeutung des proletarischen Rußland durch das kapitalistische Deutschland. Die echt bürgerlichen Ausführungen, so eine Freiheit, von einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zu verlangen, daß er für die Arbeiter eintritt, das kann nur so ein Zänker, so ein Kommunist verlangen, wurden von der Versammlung nicht ein einziges Mal von Beifall unterbrochen, erst am Schluß kam reichliche Beifall. Der sozialdemokratische Prosa folgte dann die sozialdemokratische Poesie. Es paßte gut in den Rahmen dieser Feier, daß bei der „Revolutionsfeier“ nicht Herrweg oder Freiligrath rezitiert wurde, sondern das ein Unberühmter ein Gedicht von „den deutschen Eichen, und vom Deutschen“, der Gott sei Dank noch ein Vaterland besitzt“, herunterplärrte. Der gute Mann verwechselte den 9. November mit dem 2. Januar. Der Sängerkhor sang dazu leise die erste Strophe der Internationale.

Die deutschen Eichen und die Internationale. Man muß es den Veranimatorn dieser „Feier“ zugeben, sie haben einen „guten Geschmack“ bewiesen.

Zur Lohnbewegung im Breslauer Holzgewerbe.

Eine am 7. Oktober im Gewerkschaftshaus tagende Holzarbeiterversammlung beschäftigte sich in der Hauptfrage mit der laufenden Lohnbewegung in den Breslauer Bau- und Möbelwerkstätten.

Das im September abgeschlossene Tarifabkommen ergab einen Lohnzuschlag von 1,05 M. pro Stunde für alle Facharbeiter über 22 Jahre im ganzen Bezirk Schlesia. Um diese Zulage wird in verschiedenen Orten Ober- und Niederschlesien noch gestreift.

Für Breslau beträgt der Spitzenlohn für oben genannte Arbeiter 6,90 M. pro Stunde. Das Tarifabkommen ist Anfang Oktober neu gefündigt worden und läuft nach vier Wochen am 14. November ab. Gefordert wird ein Lohnzuschlag von 2,- M. Es haben inzwischen Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Unternehmer wollen ab 14. November eine Zulage von 0,70 M. und im Dezember eine weitere von 0,60 M. zugestehen.

Dieses Angebot wurde von der Verhandlungskommission abgelehnt und die Materie dem Schlichtungsausschuß überwiesen. Dazu wurde ein Antrag der Versammlung angenommen, den Schlichtspruch am 15. November abzuwarten. Sollte in demselben der Forderung nicht ent-

sprochen sein, so wird das letzte Mittel, der Streik, angewandt. Zu bemerken ist noch, daß in den Tischlerereien Hochkonjunktur herrscht. Besonders an Zeichnungsarbeitern ist die Nachfrage größer wie das Angebot.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung: Geschäfts- und Klassenbericht löste eine lange Debatte besonders über die Gehaltsfrage der Angestellten aus.

Wegen vorgerückter Zeit wurde die Debatte abgebrochen und die Versammlung verlag. Für die streikenden Tischler in Hiegenhals wurden 2000 M. aus der Lokalfasse bewilligt.

Vom „Verband Breslauer Mieter“ geht uns folgende Notiz zu: Die zahlreichen Anträge der Hausbesitzer auf Erhöhung der Grundmiete, gemäß § 3, sowie auf Verteilung der unerschuldeten Zinsen auf die Mieter gemäß § 10 der Höchstmietenanordnung vom 9. Dezember 1919 lassen es angebracht erscheinen, die Mieterschaft über die Grundbedingungen zur Stellung solcher Anträge aufzuklären. Berufsorganisationen von Breslau und Umgebung, sowie aus der Provinz haben diese Notwendigkeit bereits erkannt und sind an den „Verband Breslauer Mieter“ als Sonderinteressenvertretung in Wohnungs- und Mieterfragen herantreten und haben um Einsetzung eines Referenten für ihre Versammlungen gebeten. In weitgehendster Weise ist diesen Wünschen entsprochen worden. Es liegt im eigenen Interesse aller Berufsorganisationen, ihre Mitglieder auch in dieser Richtung hin mit den bestehenden Bestimmungen zu vertrauen und in ausgiebigster Weise von dieser sozialen und volkswirtschaftlichen Einrichtung Gebrauch zu machen. Schriftliche Anträge auf Ueberwindung von Referenten sind zu richten an den Vorstand des „Verbandes Breslauer Mieter“, Gartenstraße 65, 2 Tr. (Anwaltsbüro) oder an dessen Vorsitzenden, F. Lux, Adalbertstraße 13, 3 Tr. Rückporto ist beizufügen.

Aus der Provinz.

Den Schnaps für die Reichen, den Schmachtieren für das Proletariat.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 232 unserer Zeitung einen Artikel über Zustände auf dem Rittgerater Dörsche bei Miesch D.-L., der die Verhältnisse auf diesem Gute geißelte. Der Verfasser, Herr v. Martin, schied uns nun durch seinen Notar folgende Berichtigung:

Es ist unklar, daß die Kartoffeln liegen geblieben und infolgedessen hart angefroren sind. Die Kartoffeln sind hinter der Maschine aufgesammelt und teils verkauft, teils eingemietet. Ertrören oder angefroren sind dieserhalb keinerlei Kartoffeln.

Es ist richtig, daß wegen der fortgesetzten Diebstähle, wie auch sonst Sachen ausgesteht sind.

Herr von Martin hat bereits 4400 Zentner Kartoffeln abgeliefert, so daß von einem Erfrierenlassen, statt sie der menschlichen Ernährung zuzuführen, keine Rede sein kann.

Unwahr ist, daß Kartoffeln zum Brennen verwendet worden sind. Die Brennerei steht zur Zeit still, und wird von den Kartoffeln nur so viel verbraucht werden, als zur Ernährung des Viehs unbedingt erforderlich ist. Es ist auch falsch, daß man beim Verbrennen der Kartoffeln zum Spiritus mehr für die Kartoffeln erhält als beim Verkauf, da die Kartoffeln in der Brennerei bei dem heute gezahlten Preise von 1000 Mark pro Hektoliter mit 36 Mark pro Zentner verwertet werden würden. Der Besitzer würde sich daher selbst schwer schädigen, wenn er mehr Kartoffeln, als wie zur Ernährung des Viehs unbedingt erforderlich ist, verbrennen würde, da der Verkaufspreis der Kartoffeln höher als 36 Mark pro Zentner ist.

Dazu bemerkt unser Gewährsmann, daß doch Kartoffeln dem Erfrieren ausgelegt worden sind. Es herr von M. 4400 Zentner Kartoffeln abgeliefert hat, können wir nicht nachkontrollieren. Bezüglich des Brennens gibt die Berichtigung zu und stellt hinzu, daß zunächst gebrannt wird, um Viehfutter zu haben und daß weiter das Vieh in so schlechter Weise ausgenutzt wird, daß es rentabler ist, die Kartoffeln für 60-80 Mark vom Erzeuger aus zu vertreiben, als sie zu Schnaps zu verbrennen. Wie's ist! Wenn Schnaps teurer ist, werden die Kartoffeln verbrennt, wenn Lebensmittel knapp sind, werden Kartoffeln zu Schnapspreisen „der menschlichen Ernährung zugeführt“.

Penzig. Hier sprach am 3. November der Genosse Benzler über die konterrevolutionären Machenschaften der schlesischen Junker. Er schilderte die Zusammenhänge, die zu seiner Verhaftung führten und forderte die Arbeiter-schaft auf, einzig und geschlossen nicht nur gegen die frech werdenden Konarischen, sondern auch im Kampfe gegen

die Kapitalisten aufzutreten. Eine lebhaft Diskussion schloß sich dem Referat an. Insbesondere eine Frau sand herzliche Worte, um ihre Klassen Genossinnen aufzurütteln.

Am Schluß wurde als Protest gegen das Verbot des sozialdemokratischen Oberpräsidenten folgende Resolution angenommen:

„Die am 3. November 1921 zu Penzig tagende öffentliche Versammlung legt den schärfsten Protest ein gegen das Verbot der öffentlichen Sammlungsstätigkeit für das durch Mitternachts in größte Hungersnot geratene proletarische Rußland durch den schlesischen Oberpräsidenten. Wenn für nationalistische und andere Zwecke öffentliche Sammlungen gestattet werden, muß die Sammlung für Sowjetrußland, die ein Gebot der Menschlichkeit ist, schon aus Gründen der Gerechtigkeit auf jeden Fall gestattet werden.“

Aus dem Waldenburger Revier.

Herr Franz aus Waldenburg, als M. d. R., „Märchenzähler“

Ein sonderbarer Reichstagsabgeordneter scheint der Waldenburger Parteisekretär Franz zu sein. Dieser Mann pendelt zwischen Berlin und Waldenburg hin und her und erzählt dann den aufhorchenden Genossen, selbstverständlich in Mitgliederversammlungen, Märchen aus Berlin.

Auch in Neu-Salzbrenn hat er sich kürzlich als Märchen-erzähler vorgestellt. Er erzählte, daß die Kommunisten die Sozialdemokraten schentlich gebeten hätten, doch in die Regierung einzutreten. Der pp. Franz muß eine sonderbare Auffassungsgabe haben. Wir nehmen aber zu seiner Ehre an, daß er nur durch die „Pöflesjagererei“ etwas außer Fassung gekommen ist.

Es ist selbstverständlich den Kommunisten nicht im Schlafe eingefallen, die Sozialdemokraten aufzufordern, in eine bürgerliche Regierung einzutreten. Die Kommunisten haben auch keine Angst davor, daß eine rein bürgerliche Regierung brutaler gegen sie vorgehen würde. Mehr Arbeiter werden jedenfalls unter einer rein bürgerlichen Regierung auch nicht totgeschlagen oder in die Zuchthäuser gesteckt als unter sozialdemokratischen Ministern und Oberpräsidenten à la Severing, Göring und Zimmer. Der Sozialdemokrat Ebert wird auch über eine rein bürgerliche Regierung segnend seine „schwierigen Fäuste“ halten.

Die Tatsachen sind, daß die Kommunisten mit der USPD verhandelt haben, um die Bildung einer Arbeiterregierung, denen die Kommunisten, wenn sie im Interesse der Arbeiter handeln würde, wohlwollende Unterstützung zugele. Dies sind die Tatsachen, aus denen ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ein „Märchen“ machte. Zu welchem Zweck, werden die Arbeiter selbst wissen.

Mathenbach. Am 3. November fand hier die Belegschaftsversammlung von der Gustav-Grube statt. Unter Punkt 1 wurde beschlossen, den Invaliden eine Weihnachtshilfe zu geben durch Abzug von 10 Mark pro Kopf der Belegschaft, wobei nicht unerwähnt blieb, daß gerade die Invaliden, denen die Belegschaften bauern unter die Arme greifen, meist bürgerlich wählen.

Unter Verschiedenes entrollte sich das wahre Bild, wie auf der Belegschaft gearbeitet und ausgebeutet wird. Es wurde über Holz- und Wagenmangel geklagt, dabei hat es genügend davon, nur nicht dort, wo es gebraucht wird. Nach dem Bauholz muß man oft 500-600 Meter weit laufen. Sehr oft ist überhaupt kein passendes zu finden. Eigentlich müßte die Verwaltung für ähnliche Zeitverluste Entschädigung zahlen, da die Bergleute alle im Gebirge arbeiten. Wie aus der 2. Abteilung gemeldet wurde, machen die Steiger gerade das Gegenteil. In dieser Abteilung wurden 9 Mann dafür bestraft, daß sie wegen Preislufmangel nicht arbeiten konnten.

Auch kam zur Sprache, daß verschiedene Steiger das Prämienystem eingeführt haben. Was das Prämien-gebinde bedeutet, wird wohl jeder Arbeiter wissen. Der Drang, einige Pfennige mehr herauszuschlagen, führt dahin, daß man die Sicherheitsvorschriften außer Acht läßt und so sein Leben für das Kapital hingibt.

Auch Kamerad Dürrig von der Verbandsleitung kam zu Wort. Er erklärte, daß eine gemeinsame Lohnbewegung im ganzen Reiche ein Unding ist, an dessen Möglichkeit nur ganz dumme Proleten glauben können. Auf den Zwischenruf: Sozialisierung! entgegnete er, daß es damit auch nicht so einfach sei, die Masse sei unteuf usw. Kameraden, wie lange noch?

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshaf-Druckerei, e. G. m. b. H. Berlin SW 48. Tel. Südow 1986 und 1987.

Aktien-Gesellschaft für Webwaren und Bekleidung
Gartenstraße 7
Wir suchen
Schneider
auf gute Sakos und Sämler
bei höchsten Löhnen.
Meldungen mit Ausweis und
Probearbeit von 8 bis 4 Uhr.

Abkühlungsanlagen für Gas, Wasser, Strom.

Die Entnehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom sind durch besondere Zustellungen angefordert worden, für ihren Verbrauch in den Monaten Oktober-November 1921 Zahlungen zu leisten. Die für den Oktober verbrauchte Menge ist am 31. Oktober 1921 längstens zu zahlen. Wenn diese Fristen nicht eingehalten werden, werden die Entnehmer für die im Verzuge befindlichen Jahre die rückständigen Beträge zusammen bis spätestens 14. November 1921 an die Kasse der Betriebswerke zu zahlen. Andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1 M. durch Beauftragte der Kasse abgeholt werden. Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, so muß in Aussicht genommen werden, die Forderung einzupösen und die Kasse bezuschlagen.
Städtische Betriebsverwaltung.

Ich bin von Berlin-Strasse 63 nach der
Tobackstraße 2, 1. Etage.
Eck Friedrich-
Waldenstraße
hergekommen und habe
Sprechstunden von
8-9-11 Uhr, Son-
tag von 9-11 Uhr.
Dr. Siegmund Czorny
Grenzstr. 321.

Wichtig! Wo?
Suchen Sie nach einem
Haus, das Sie kaufen
wollen, oder nach einem
Haus, das Sie mieten
wollen?
Dr. K. Korte
Königsplatz 2, 1. Etage

Liebig-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das große
**November-
Programm.**

Schaf-Wolle

kauft und
lässt auf
Sächsisch - Wolle
Sächsische & Co.
Breslau,
Königsplatz 17/18
Ecke Stockgasse
Einkauf von
Wollkäulen & Fellen
Kuchen, Leinwand,
Wäsche, etc.
Bism. Platz 10

Ich bestelle hiermit Exemplare der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Organ der kommunistischen Partei Deutschlands.
(Section der kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementpreis frei Haus monatlich 6,10 M., wöchentlich 1,50 M.
Name: _____
Betreff: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____